



Ermittlungsverfahren im Innenministerium: GdP ruft zur Zurückhaltung auf

09.05.2022

Die Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg (GdP) ruft dazu auf, sich zurückzuhalten mit Bewertungen und Forderungen im derzeit laufenden Ermittlungsverfahren gegen einen Journalisten, den Landesinnenminister und einen seiner Mitarbeiter. Stattdessen muss wieder stärker in den Fokus rücken, worum es eigentlich in diesem Fall geht: Dass mutmaßlich der Inspekteur der Polizei eine Mitarbeiterin sexuell belästigt haben soll. Die Landespolizei Baden-Württembergs darf nicht durch spekulative Vorverurteilungen und Verbreitung von Gerüchten beschädigt werden.

Stuttgart/Hochdorf – Das Ermittlungsverfahren gegen den Inspekteur der Polizei wegen einer Sexualstraftat wurde im November 2021 eingeleitet. Bislang liegen noch keine Ergebnisse vor. Die als Folge dieses Verfahrens begonnenen Ermittlungen gegen Innenminister Thomas Strobl, einen Journalisten und einen Mitarbeiters des Ministeriums wegen des Verdachts verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen führen derzeit zu heftigen öffentlichen Meinungsäußerungen. „Eine derart lange Verfahrensdauer begünstigt die Entstehung unsachlicher Diskussionen und führt zu Unruhe und Verunsicherung nicht nur in den Reihen der Polizei“, so Gundram Lottmann, Landesvorsitzender der GdP, der darauf hofft, dass die Untersuchungen in diesem Fall bald abgeschlossen werden.

„Bis zur endgültigen Klärung dieses Sachverhalts durch die Staatsanwaltschaft wird sich die Gewerkschaft der Polizei nicht an Spekulationen beteiligen und keine Forderungen erheben. Die mögliche Tragweite der miteinander verbundenen Fälle verbietet eine vorschnelle Einschätzung oder Stellungnahme. Auch für den Innenminister, seinen Mitarbeiter und den Journalisten gelten im Rahmen des Strafverfahrens vorrangig die Unschuldsvermutung. Die rechtliche Bewertung des Falls obliegt der Justiz, auf deren Urteil wir vertrauen.“

Die GdP unterstützt die gründliche Aufarbeitung der beiden Fälle mit allen daraus resultierenden Konsequenzen: „Die Landespolizei Baden-Württembergs darf keinen Schaden nehmen, daher erwarten wir die lückenlose Aufklärung und höchstmögliche Transparenz.“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands. Sie engagiert sich für ihre bundesweit rund 200.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der Polizei sowie auf dem Gebiet der Sicherheits- und Gesellschaftspolitik.



Bildrechte: GdP / Bildunterschrift: Gundram Lottmann, Landesvorsitzender GdP BW

Pressekontakt:

Gundram Lottmann, Landesvorsitzender
GdP Landesbezirk Baden-Württemberg e. V.
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen/Hochdorf
gundram.lottmann@gdp-bw.de
mobil: 0175 1060454